

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 6

Artikel: Welche Zukunft wählt Tunesien?
Autor: Loher, David
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390436>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Welche Zukunft wählt Tunesien?

Nach bleiernen Jahren des Schweigens wird die politische Diskussion im postrevolutionären Tunesien an jeder Strassenecke geführt: beim Obstverkäufer ebenso wie im Taxi, im Café oder am Zeitungsstand. Welche gesellschafts-politische Richtung das Land einschlagen soll, ist heftig umstritten.

Vor der weiss gekalkten Mauer der Grundschule spielen einige Jungen Fussball. Ein Windstoss fegt Staub und Blätter über den Platz. Am Strassenrand parken gelbe Taxis. Ihre Fahrer sitzen unter den Bäumen in der Frühlingssonne zusammen, trinken Tee und rauchen. Sie warten auf Kundschaft. Zwei abgemagerte Katzen machen sich über einen Müllsack her. Am Place de la résidence du leader herrscht Alltag. Alles scheint seinen gewohnten Lauf zu nehmen – auf den ersten Blick.

Von hier sind es nur wenige Schritte bis zur Kasbah, dem Machtzentrum Tunesiens, wo sich an der Place du gouvernement der Sitz des Premierministers Ali Larayedh und mehrere Ministerien befinden. Zuerst am Platz thront das viel zu gross geratene Maison du parti. Es sieht aus wie ein DDR-Bau und war der Parteisitz des Rassemblement constitutionnel démocratique RCD, der Partei des vormaligen autokratischen Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali. Rund um den Platz stehen Polizisten, immer in Dreier- oder Vierergruppen zusammen. Stacheldrahtverhaue verhindern, dass jemand zu nahe an den Regierungssitz Dar el Bey gelangt. An der einen Ecke steht ein leichter Panzer. Es zeigt sich hier, wie fragil die politische Situation im postrevolutionären Tunesien ist.

Wer zieht ein ins Dar el Bey?

Wie es mit dem Erbe der Revolution von 2011 weiter geht, entscheidet sich daran, wer nach den Wahlen im kommenden Oktober in das Dar el Bey einziehen wird. Darüber sind sich alle einig. Nur, wer das sein wird, da gibt es bloss Mutmassungen, Spekulationen, Hoffnungen und Befürchtungen. Die politische Zukunft Tunesiens ist das vorherrschende Thema, wenn man sich auf der Strasse, in den Cafés oder auf dem Markt umhört. Da wird heftig diskutiert und gestritten. Die politische Auseinandersetzung findet ganz offensichtlich statt im Alltag. Dabei zeichnet sich ein ideolo-

gischer Kampf ab zwischen religiösen und laizistischen Kräften, wobei beide Lager mit unerbittlicher Vehemenz ihre Position vertreten. Institutionell festmachen lassen sich diese beiden Lager an der konservativ-religiösen Ennahda von Larayedh einerseits und der laizistischen Zentrumsparterie Nidaa Tounes von Béji Caïd Essebsi. Jener wird am ehesten zugetraut, bei den Wahlen im Herbst die extrem gut organisierte Ennahda ernsthaft herauszufordern.

Die Zukunft auf dem Spiel

Ridha greift nach dem langen Holzschieber und holt eine Pizza aus dem Ofen. Er wischt sich die mehligten Hände an der Schürze ab und füllt eine Papiertüte mit Makrouts, dem süßen Gebäck mit Dattelfüllung, das es in jeder Bäckerei gibt, zählt das Retourgeld und schiebt es zusammen mit der Papiertüte über die Theke. Im Hintergrund läuft im Fernseher das religiöse Programm von Zeitouna TV in der Endlosschleife. Ridha versteht die Aufregung um die Ennahda nicht, die oft im Ausland gemacht wird. Im Gegenteil: Für ihn ist die Ennahda die einzige Partei, welche die gegenwärtigen Probleme Tunesiens wirklich lösen kann. «Schau, wir haben zwei Probleme in Tunesien: die wirtschaftliche Misere und der Ausverkauf unsere Tradition und Werte», führt er aus und fährt sich dabei durch seinen langen Bart. «Die einzige Partei, die diese Probleme anpackt und nicht nur darüber spricht, das ist die Ennahda.» Den anderen Parteien traut er nicht, da sie durchgesetzt seien von ehemaligen Gefolgsleuten Ben Alis. Damit meint der Bäcker insbesondere die Nidaa Tounes und ihren Präsidenten Béji Caïd Essebsi, der Ben Alis RCD angehörte. Deshalb wird Ridha im Herbst für die Ennahda stimmen.

Ein dramatisches Bild der politischen Zukunft Tunesiens zeichnet hingegen Samya. Die knapp sechzigjährige Frau leitete eine der wichtigsten Bibliotheken des Landes. Seit kurzem ist sie pensio-

niert. Besorgt schweift ihr Blick von der ausladenden Dachterrasse des Altstadthauses über die Medina: «Das Problem mit der Ennahda ist, dass sie ein doppeltes Spiel spielt. Sie nutzt die Demokratie, um ihre undemokratischen Ideen durchzusetzen.» Im Herbst stehe die Zukunft des Landes auf dem Spiel. «Gewinnt die Ennahda, dann geben sie die Macht nicht mehr her – für Jahrzehnte!», ist sie überzeugt. Vordringlichste Aufgabe sei es, im Hinblick auf die Wahlen alle oppositionellen Kräfte zu sammeln, um der Ennahda etwas entgegensetzen zu können. Beunruhigt ist Samya insbesondere durch die fortwährenden Andeutungen verschiedener Ennahda-Exponenten zu den Rechten der Frau.

Frauenrechte in Gefahr

Viele tunesische Frauenrechtlerinnen sehen das ähnlich. In einem früheren Entwurf der neuen tunesischen Verfassung, die derzeit ausgearbeitet wird, hat die Ennahda letzten Sommer einen umstrittenen Artikel eingebracht, der vom Übergangsparlament *Assemblée nationale constituante* ANC auch so verabschiedet wurde: «Der Staat garantiert Rechte und Errungenschaften der Frau, *nach dem Prinzip der Komplementarität zum Mann ...*», stand da in Artikel 28. Die Befürchtung war, dass mit dem Begriff der Komplementarität statt jenem der Gleichheit der Beschneidung der Rechte der Frauen Tür und Tor geöffnet werden. Nach heftigen Protesten und Demonstrationen im vergangenen Sommer wurde diese Formulierung jedoch wieder fallen gelassen.

Die Episode um Artikel 28 zeigt erstens, dass auf einmal wieder Dinge in Frage gestellt werden, die seit der Unabhängigkeit nie zur Diskussion standen. So wurde das Stimm- und Wahlrecht für die Tunesierinnen in der ersten Verfassung des unabhängigen Tunesiens von 1956 festgeschrieben. Das war fünfzehn Jahre vor der Schweiz. Zweitens sind die Proteste aber auch ein Hinweis, dass

durchaus eine funktionierende tunesische Zivilgesellschaft existiert.

Jenseits demokratischer Gepflogenheiten

Im Gegensatz zur Ben Ali-Ära, als über dem Land ein bleiernes Schweigen lag, wird immer und überall über Politik diskutiert, vom Taxifahrer bis zum Obstverkäufer, von der Studentin bis zur Anwältin. Die politischen Auseinandersetzungen werden heftig geführt. Eine harmlos beginnende Diskussion mit dem Zeitungsverkäufer schlägt schnell in einen lautstarken Streit um. Bisweilen werden die Auseinandersetzungen auch jenseits demokratischer Spielregeln geführt. Ein Beispiel sind die wiederholten Angriffe auf Versammlungen der zentristischen Partei Nidaa Tounes durch die islamistische Miliz Ligue de la protection de la révolution LPR, die der Ennahda nahe steht. Erst kürzlich im April versuchte die LPR wieder, eine von Nidaa Tounes organisierte Veranstaltung in Gafsa zu stören. Auch ein Überfall auf den Sitz der gesamtTunesischen Gewerkschaft UGTT vom Dezember 2012 soll auf das Konto der LPR gehen. Ebenso werden die politischen Morde am Führer des Front populaire Chokri Belaïd und am Repräsentanten von Nidaa Tounes Lotfi Nagdh LPR-Leuten angerechnet. Die einen Beobachter verstehen diese Konfrontationen bloss als Auswüchse des gesellschaftlichen Lernprozesses, wie politische Konfrontationen in einer Demokratie ausgetragen werden; spätestens im Falle der politischen Morde aber, die auf das Konto der LPR gehen, wird dies zur zynischen Aussage. Andere befürchten, dass es die Vorzeichen für eine erneute autoritäre Wende sind. Sie weisen darauf hin, dass sich die LPR auch schon gegen die Ennahda wandte und somit keineswegs einfach der Schlägertrupp der Partei sei. So demonstrierte die LPR im April vor dem Sitz der Ennahda, die in ihren Augen das islamische Projekt verraten hat.



David Loher ist Sozialanthropologe und forscht im Rahmen des SNF-Projekts «How Does Border Occur?» am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern zum Europäischen Migrationsregime.
david.loher@gmx.net

Welten auf engstem Raum

Der tiefe politische Graben verläuft jedoch nicht nur zwischen Laizisten und Religiösen, sondern ebenso zwischen einer ökonomisch abgehängten Unterschicht und dem gebildeten Mittelstand. Der Bäcker Riadh und die Bibliothekarin Samya stehen exemplarisch für diese Situation. Obwohl sie nur gut hundert Meter voneinander entfernt im Quartier Bab Menara wohnen, trennen die beiden doch Welten: Riadh fürchtet sich vor dem sozio-ökonomischen Abstieg. Hier bietet die Ennahda eine islamisch-konservative Heimat gegen die einbrechende neoliberale Moderne. Dabei darf jedoch nicht vergessen gehen, dass die Partei neben dieser falschen Antwort auf die reale Bedrohung mit ihren Hilfsprojekten ganz einfach echte ökonomische Hilfe leistet für Menschen aus der defavorisierten Unterschicht, die seit der Revolution noch mehr unter Druck geraten sind. Samya hingegen fürchtet sich vor der drohenden konservativen Wende, welche die Errungenschaften einer aufgeklärten Moderne bedroht.

Für die gesellschaftliche Zukunft Tunesiens vorsichtig zuversichtlich stimmt der Umstand, dass diese gegensätzlichen Positionen im öffentlichen Raum verhandelt werden. ●